

# GANZ HANNOVER IM BLICK

## Infobrief



ALPTEKIN  
KIRICI

### Zum Mitgliedervotum

Liebe Genossinnen und Genossen,

nun ist es soweit: Nach knapp 13 Tagen haben SPD und CDU die kürzesten Koalitionsverhandlungen geführt, die es in Deutschland je gegeben hat. Klar ist, dass wir unsere Vorstellungen nicht zu 100% durchsetzen konnten. Unseren Verhandlungsführerinnen und Verhandlungsführer ist es aber gelungen, viele Themen erfolgreich zu verhandeln und wichtige Schlüsselpositionen im Kabinett mit Sozialdemokrat\*innen zu besetzen. In den kommenden Wochen werden wir diese Inhalte mit Euch diskutieren. Wir müssen weg vom abstrakten Ja oder Nein zur Großen Koalition. Unsere Aufgabe ist es, die Gesellschaft zusammenzuhalten und das Leben der Menschen besser zu machen. Gerade für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten wir viel erreichen. Das unbefristete Arbeitsverhältnis wird wieder zur Regel. Das Rückkehr-

recht in Vollzeit kommt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen in Zukunft weniger in die Krankenkasse ein. Um nur einige Beispiele zu nennen.

Das Europa-Kapitel ist eine klare Botschaft für einen Aufbruch in der Europapolitik. Die europäische Einigung ist eine sozialdemokratische Vision. Wir als SPD ebnen den Weg für ein neues solidarisches Europa.

Auch wenn ich einer großen Koalition skeptisch gegenüber stehe, werde ich dem ausgehandelten Koalitionsvertrag zustimmen. Wir konnten viele inhaltliche Erfolge erzielen und zentrale Kabinettsposten besetzen. Klar ist aber auch, dass die Partei kein Anhängsel der großen Koalition sein darf. Der Erneuerungsprozess der SPD ist dringend notwendig. Für ein klares sozialdemokratisches Profil wollen wir daher kämpfen. Neuwahlen werden uns jetzt nicht weiterhelfen.

Eine mögliche Neuauflage der großen Koalition im Bund hängt davon ab, ob wir wieder Vertrauen zu unseren Mitgliedern aufbauen werden können. Wir werden daher fair miteinander diskutieren, ob wir in eine große Koalition mit der CDU eintreten werden.

Glück auf!



Euer Alptekin



ULRIKE STRAUCH

Stadtverbandsvorstand

### Schulentwicklungspolitik in Hannover

Bericht von der Sitzung des Stadtverbandsvorstandes mit der Bildungsdezernentin Rita Maria Rzycki

Der Stadtverbandsvorstand hatte zu einer außerordentlichen Sitzung am 5. Februar 2018 eingeladen, in deren Mittelpunkt eine Diskussion zur Schulentwicklungsplanung mit der Bildungsdezernentin der Landeshauptstadt Hannover Rita M. Rzycki stand.

Die steigenden Schülerzahlen, aber auch der weitere Ausbau der Ganztagschulen, die Rückkehr zum Abitur nach 9 Jahren, die Umsetzung von Inklusion und Sprachförderung sowie das Auslaufen der Förderschulen erfordern eine stetige Weiterentwicklung der Schullandschaft in Hannover. Unterlegt wird diese Entwicklung durch die sehr ausführliche Darstellung von Zahlen und Fakten im Kommunalen Schulentwicklungsplan 2017.

<https://e-government.hannover->



[stadt.de/lhhsimwebre.nsf/DS/1600-2017](http://stadt.de/lhhsimwebre.nsf/DS/1600-2017)

Der vorliegende Schulentwicklungsplan soll künftig jährlich weiterentwickelt werden, so Frau Rzycki, und er bietet somit eine präzise Grundlage für die notwendigen Entscheidungen.

Frau Rzycki wies darauf hin, dass der Plan im Netz für alle Entscheidungsträger\*innen und an Schulpolitik interessierten Bürger\*innen, Schulen und Eltern einzusehen ist.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt derzeit auf der Weiterentwicklung im Bereich der weiterführenden Schulen, da die Kapazitäten besonders an Gymnasien durch das Anwahlverhalten der Eltern (52% haben ihre Kinder 2017 im 5. Jahrgang eines Gymnasiums angemeldet) beim Wechsel von der Grundschule auf eine weiterführende Schule der Schulverwaltung einen klaren Auftrag erteilt:

die Stadt Hannover als Schulträger muss ein nachfragegerechtes Schulangebot vorhalten.

Somit scheint die Errichtung eines 18. Gymnasiums in Hannover unumgänglich zu sein, jedoch muss die derzeit noch offene Standortfrage sorgfältig erörtert und geklärt werden.

Alptekin Kirci dazu: „Als SPD begrüßen wir die Anstrengun-

gen der Schulverwaltung zum Ausbau der Schulkapazitäten.

Eine neue weiterführende Schule in Hannover zu errichten ist durch die Entwicklung der Schülerzahlen notwendig und gut. Durch die geplante Bebauung des Kronsbergs-Süd liegt der Stadtteil Bemeroode als möglicher Standort nahe. Wir erwarten, dass die Stadt Hannover jetzt aktiv auf die Beteiligten zugeht“.

In der Sitzung wurden aber auch weitere kritisch-konstruktive Vorschläge zu möglichen Schulformen im Bereich der weiterführenden Schulen gemacht:

- die 11 Integrierten Gesamtschulen (mit insgesamt 10509 Schüler\*innen) in Hannover leisten hervorragende Arbeit. Sie werden zurzeit teilweise – soweit nicht bereits vorhanden – ausgebaut und um eine gymnasiale Oberstufe erweitert. Das würde die Gesamtschulen insgesamt für Eltern attraktiver werden lassen, die ihre Kinder mit dem Ziel der Hochschulreife im 5. Jahrgang einer Schule anmelden, und dadurch die Gymnasien entlasten
- auch die Neugründung einer Integrierten Gesamtschule wäre denkbar, möglichst an einem strategisch geeigneten Standort und mit attraktivem Profil
- Kooperationen von Grundschulen mit Integrierten Gesamtschulen sollten gefördert werden

- es könnte eine Schulform mit besonderem Konzept für die sogenannten Bildungsverlierer\*innen entwickelt werden, die den Anforderungen eines Gymnasiums nicht gewachsen sind und von dort abgeschult werden
- die Zuspitzung der Debatte um eine geeignete neue weiterführende Schule auf die beiden Schulformen „Gymnasium“ oder „IGS“ greift zu kurz. Eine neue weiterführende Schule sollte eine zukunftsgerichtete Schule sein, die ihre soziale Verantwortung für alle Schüler\*innen wahrnimmt.


Die SPD will sich intensiv an der Debatte um die Ausgestaltung der neuen weiterführenden Schule beteiligen. Zudem werden wir im Herbst einen „Kleinen Parteitag“ das 50jährige Jubiläum der Gründung Integrierter Gesamtschulen zum Anlass nehmen, um als SPD Hannover mit BildungsexpertInnen und allen Interessierten über das Thema Schule der Zukunft zu diskutieren. Weitere Infos folgen.

AFRA GAMOORI

schul- und bildungspolitische Sprecherin in der Ratsfraktion



Die soziale Herkunft beeinflusst in Deutschland immer noch sehr stark den Bildungserfolg,



echte Chancengleichheit ist für Kinder aus einkommensschwachen Familien leider oft nicht gegeben. Einige Schulen in Hannover stehen daher vor besonderen Herausforderungen, mit denen wir sie nicht alleine lassen werden. Vielmehr wollen wir sie spürbar entlasten und kräftig unterstützen. Aus diesem Grund haben wir einen Antrag auf den Weg gebracht, der die Verwaltung auffordert, ein Konzept mit konkreten Unterstützungsangeboten für alle Schulformen zu erarbeiten

(DS 2837/2017)

<https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebre.nsf/DS/2837-2017>

Das Konzept soll sich an alle Schulen richten, deren Schülerinnen und Schüler geringe Deutschkenntnisse und einen hohen pädagogischen Förderbedarf aufweisen, überdurchschnittlich oft aus einkommensarmen Familien stammen und häufig in der Schule fehlen. Laut dem aktuellen Bericht der Landeshauptstadt „Armut in Zahlen“

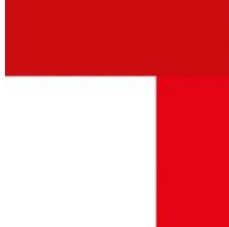
(DS 2414/201)

<https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebre.nsf/DS/2414-2017>

sind durchschnittlich 28 % aller Kinder in Hannover von Armut betroffen, also mehr als jedes vierte Kind. Die höchsten Werte weisen die Stadtteile Mühlenberg, Vahrenheide, Hainholz, Linden-Süd und Sahlkamp mit über 50 % auf – hier ist mindestens jedes zweite Kind von Armut betroffen. Wir



SPD




nehmen diese Zahlen sehr ernst und setzen als SPD die Bekämpfung von Kinderarmut deswegen energisch fort.

Die Schulen in Hannover leisten täglich wertvolle Arbeit für die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt. Damit sie ihren Bildungsauftrag auch unter schwierigen Umständen erfüllen können, wollen wir für bessere Rahmenbedingungen sorgen und die vorhandenen Strukturen ausbauen. Dazu gehören unter anderem die Ausweitung der sozial- und sonderpädagogischen sowie interkulturellen Schulsozialarbeit, die Stärkung der Elternarbeit, eine verbesserte Vernetzung der Schulen und die Förderung von Schulverbänden, die Öffnung der Schulen in die Quartiere hinein sowie die Prävention und Bekämpfung schulvermeidenden Verhaltens.

Allerdings ist dabei nicht allein die Stadt, sondern auch das Land gefordert: Wir brauchen mehr Personal mit unterschiedlichen Professionen sowie eine Ausweitung der Sprachförderung in den Schulen und der frühkindlichen Bildung. Wir sind uns hier mit Stefan Politze, dem bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, einig: Es bedarf einer erfolgreichen Zusammenarbeit aller Beteiligten, um allen SchülerInnen einen erfolgreichen Bildungsweg zu ermöglichen – vor allem auch denen, für die der Zugang erschwert ist.

Zusammen mit unseren Partnern von Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben wir den



Antrag im November in den Schul- und Bildungsausschuss eingebracht, jedoch beraten noch andere Fraktionen darüber. So wünscht sich beispielsweise die CDU nicht nur die Streichung jeglicher Kriterien, die für die Festlegung des Unterstützungsbedarfs benötigt werden. Sie widerspricht der Entwicklung eines Konzeptes als Ganzem. Ohne diese Grundlage wäre es jedoch schwierig, Unterstützungsbedarfe zu ermitteln und anzubieten. Zudem ist es für Schulen nur schwer nachvollziehbar, warum und wie die eine gefördert wird, die andere aber nicht. Leider müssen deshalb die Schulen nun noch länger auf Unterstützung warten. Wir hoffen sehr, dass wir Ende Februar den Beschluss im Ausschuss fassen können. Denn alle Kinder haben es verdient, bei ihrer persönlichen Entwicklung bestmöglich gefördert und unterstützt zu werden.

### Zur Diskussion um die IGS Südstadt

Neben diesen Fragen hat in dieser Woche auch das Verwaltungsgerichtsurteil zur IGS Südstadt die Gemüter bewegt. Dazu findet Ihr im Anhang zu diesem Infobrief eine Pressemitteilung von Afra und Lars Kelich, dem baupolitischen Sprecher.

### TERMINE

**Mittwoch, 14.02.2018, 16.30 Uhr**

One Billion Rising – Tanzdemo gegen Gewalt an Frauen

Kröpcke



**Donnerstag, 15.02.2018, 19.30**

**Uhr,**

Veranstaltung des Jusos-Landesverbandes mit dem Juso-Bundesvorsitzenden Kevin Kühnert und Matthias Miersch MdB  
ver.di Höfe, Goseriende 10  
30159 Hannover

**Donnerstag, 22.02.2018, 18.30 Uhr**

Gedenkveranstaltung „Mut tut gut“ – Gemeinsam gegen Rechts

Stadtteilzentrum Lister Turm  
Walderseestraße 100  
30177 Hannover

**Freitag, 23.02.2018, 18.30 Uhr**

Diskussionsveranstaltung zum Mitgliedervotum mit allen vier MdB (Kertin Tack, Yasmin Fahimi, Caren Marks, Matthias Miersch)

**Donnerstag, 08.03.2018 Uhr, 17-19.00 Uhr**

Internationaler Frauentag  
Aktionsstand auf dem Kröpcke  
Einzelaktionen stadt- und regionsweit

**Montag, 12.03.2018**

Kleiner Parteitag des Stadtverbandes  
Thema: „Europäische Kulturhauptstadt“  
Altes Magazin  
Kestnerstraße 18  
30159 Hannover

Weitere Termine findet ihr wie immer auf unserer Homepage.

IMPRESSUM:

SPD-Geschäftsstelle im Kurt-Schumacher-Haus  
Odeonstraße 15/16  
30159 Hannover  
Telefon: 0511-1674 – 240  
E-Mail: [SPD-Stadtverband.Hannover@spd.de](mailto:SPD-Stadtverband.Hannover@spd.de)  
Internet: [www.ganz-hannover-im-blick.de](http://www.ganz-hannover-im-blick.de)  
Vorsitzender: Alptekin Kirci  
Geschäftsführerin: Dr. Uta M. Biemann